

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktion der AfD

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/5758 - Neufassung -
"Energiekrise bewältigen - Maßnahmen in Thüringen
und auf Bundesebene auf den Weg bringen"

Energieversorgung des Freistaats sicherstellen, die für
Unternehmen, Verbraucher und Umwelt schädliche Kri-
senpolitik beenden, Energie-Triage in Thüringen verhin-
dern

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. der Freistaat Thüringen seinen Energiebedarf zu einem großen Teil durch Erdgas deckt und damit die Versorgung von Thüringer Bürgern und Unternehmen gewährleistet wurde;
 2. die Sicherstellung von Gaslieferungen im Interesse Thüringens liegt und die entsprechende Energiepolitik des Landes und des Bundes auf die sichere und sozialverträgliche Versorgung mit diesem Energieträger ausgerichtet werden muss, um drohende Energiearmut zu vermeiden;
 3. die stabile Versorgung mit Erdgas, das bisher vor allem aus Russland bezogen wurde, kurzfristig nicht substituierbar ist und der Versuch des Ersatzes durch Flüssiggas zu einer erheblich schlechteren Umweltbilanz führt;
 4. die Wirtschaftlichkeit von Thüringer Stadtwerken nicht unerheblich auf der Nutzung von Erdgas beruht;
 5. die ab dem Oktober 2022 greifende Gasumlage eine existenzielle Bedrohung für zahllose Thüringer Verbraucher darstellt;
 6. der mit einer Verknappung einhergehenden Preissteigerung durch eine deutliche Senkung der Mehrwertsteuer, der Aussetzung der Energiesteuer und der Abschaffung der CO₂-Steuer entgegengewirkt werden muss;
 7. eine vornehmlich auf dem kurzfristigen Einsatz von Steuergeldern beruhende Krisenpolitik nicht dauerhaft ist, stattdessen die Ursachen von Energieverknappung und Preiserhöhung wirksam ohne ideologische Scheuklappen bekämpft werden müssen und die Landesregierung alles in ihrer Macht stehende unternehmen muss, um eine Energie-Triage und die damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Folgen zu verhindern.

- II. Der Landtag stellt ebenfalls fest, dass
1. die Landesregierung versäumt hat, wirksame Maßnahmen für die sichere und bezahlbare Energieversorgung auf Landesebene zu ergreifen - trotz der seit Jahren gestiegenen Energiepreise und der Verschärfung der Energiekrise durch die Russlandsanktionen;
 2. die Landesregierung mit einer verfehlten, auf volatile Energieerzeugungsträger fokussierten Energiepolitik die Energieversorgung und damit Wirtschaft und den sozialen Zusammenhalt im Freistaat gefährdet;
 3. sich der politisch beschlossene Ausstieg aus der Kohleverstromung und der Kernkraft hinsichtlich einer sicheren Energieversorgung als Fehler erweist;
 4. die Abschaltung der verbliebenen Kernkraftwerke in der gegebenen Situation verantwortungslos und der Weiterbetrieb der Kraftwerke dringend angeraten ist;
 5. das Krisenmanagement des Landes und des Bundes die Krisenlage in der Energieversorgung verstärkt.
- III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
1. sich im Sinne der betreffenden Thüringer Stadtwerke und deren Kunden gegen Eingriffsmaßnahmen des Bundes einzusetzen, die Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gefährden;
 2. sich für technologieoffene Forschung für eine sichere Energieversorgung einzusetzen;
 3. die Energieverknappung nicht für die Umsetzung einer ideologisch motivierten Energiepolitik zu nutzen, die mit dem Ausbau volatiler Energieerzeugungsträger die Energieversorgung gefährdet;
 4. in Zusammenarbeit mit dem Bund eine zeitnahe und transparente Auflistung der in der dritten Stufe des Notfallplanes Gas (Notfallstufe) vorgesehenen Reihenfolge der Abschaltung von Unternehmen und Verbrauchern zu veröffentlichen und so die Öffentlichkeit über die Maßnahmen in der Notfallsituation aufzuklären;
 5. in Zusammenarbeit mit Vertretern aller Energieerzeugungssektoren ein tragfähiges Energiekonzept für den Freistaat aufzustellen, das Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltbilanz für die Thüringer Bürger und Wirtschaft beachtet;
 6. energieintensive Unternehmen bei der Nutzung grundlastfähiger Energieerzeugungsträger zu unterstützen.
- IV. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene
1. für die Senkung der Mehrwertsteuer auf Energie auf das EU-weit mögliche Mindestmaß, die Aussetzung der Energiesteuer und die Abschaffung der CO₂-Steuer einzusetzen;
 2. für eine Korrektur der bisherigen Sanktionspolitik gegenüber Russland zugunsten einer sicheren Gasversorgung einzusetzen;
 3. gegen die Gasumlage auszusprechen;
 4. für die Aussetzung der Strom- und Gaspreiskopplung (Merit-Order-Regel) einzusetzen;
 5. für den Betrieb der Pipeline Nord Stream 2 einzusetzen;
 6. für den Weiterbetrieb der drei noch aktiven Kernkraftwerke in Deutschland einzusetzen;
 7. dafür einzusetzen, dass Erzeugung durch Kernkraft im Sinn der EU-Taxonomie betrachtet und Forschung und Entwicklung zukunftsfähiger Kernkraftwerke gefördert wird.

Begründung:

Die Politik der sogenannten Energiewende gefährdet die Energieversorgung Thüringens und Deutschlands. Die gegen Russland gerichteten Wirtschaftssanktionen verschärfen diese Situation erheblich. Der Freistaat deckt seinen Energiebedarf zu etwa einem Drittel mit Erdgas. Die Eigenvorräte an Erdgas machen dabei nur einen sehr geringen Anteil aus, der Großteil wird importiert. Ein Komplettausfall von Erdgas hätte damit weitreichende Folgen für Wirtschaft und Verbraucher und den sozialen Frieden. Bürger und Unternehmen im Freistaat sind auf die sichere, zuverlässige, kalkulierbare und grundlastfähige Energieversorgung angewiesen.

Die Energiepreise, die bereits vor dem Krieg in der Ukraine und der daraufhin einsetzenden Handlungsspirale massiv gestiegen sind, haben sich zuletzt außerordentlich erhöht - mit erheblichen negativen Folgen für alle Verbraucher. Der Anstieg der Energiepreise wirkt sich auf alle Wirtschaftsbereiche aus und beschleunigt die Inflation. Seit Monaten liegt die Inflationsrate in Thüringen auf einem hohen Niveau, teilweise über dem Bundesdurchschnitt. Sollte die Pipeline Nord Stream 1 nach der Wartung nicht wieder vollständig genutzt werden und wird die Pipeline Nord Stream 2 nicht in Betrieb genommen, droht die Energieversorgung im Freistaat zusammenzubrechen.

Die Bundesregierung hat verschiedene Maßnahmen getroffen, einen Stufenplan erlassen und Gesetze initiiert, die das bisher von Russland gelieferte Erdgas substituieren sollen. So soll Erdgas durch Flüssiggas unter anderem aus den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada ersetzt werden. Ganz abgesehen von der Frage, ob eine ausreichende Gasmenge über diesem Wege überhaupt geliefert werden kann, weist dieses über das Fracking-Verfahren gewonnene Gas eine wesentlich schlechtere Umweltbilanz auf als das Erdgas aus Russland. Zudem ist die dafür nötige LNG-Infrastruktur in Deutschland nicht vorhanden.

Ab dem Oktober 2022 soll die "Gasumlage" greifen, die eine kaum tragbare Belastung der Verbraucher bedeutet. Die Merit-Order-Regel lässt darüber hinaus auch den Strompreis durch dessen Kopplung an den Gaspreis ansteigen.

Der beschleunigte Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien forciert einseitig volatile, also nicht grundlastfähige Energieerzeugung, durch die Wirtschaft und Haushalte nicht stabil und sicher mit Energie versorgt werden können.

Mit dem Notfallplan Gas wurde ein Instrumentarium geschaffen, das die Stufen bis zu einer Notfalle und der damit verbundenen Abschaltung vom Energienetz regelt (Energie-Triage). Mittlerweile wurde die zweite Stufe ausgerufen. Die Reihenfolge der Abschaltung in der dritten Stufe ist allerdings nicht detailliert veröffentlicht. So wurden durch den Notfallplan Gas der Bundesregierung Unsicherheiten darüber geschürt, welche Bereiche bei einem dauerhaften Ausfall von Energie in welcher Reihenfolge betroffen wären. Die Landesregierung wiederum beruft sich auf Nachfrage auf die genannten Maßnahmen des Bundes. Ziel des Landes und des Bundes sollte es in der gegebenen Situation sein, mit allen nationalen und internationalen Mitteln die Energieversor-

gung aufrechtzuerhalten, um einen Teil- oder Komplettausfall der Energieversorgung abzuwenden.

Für die Fraktion:

Braga